

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI: 57

24. März 1971

Abbau konfessioneller Schranken

-----  
Erfreuliches Ergebnis der Rheinland-  
Pfalz-Wahlen

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen SPD-MdB  
Stellv. Vorsitzender des Beirats für politi-  
sche Fragen beim Zentralkomitee der Deutschen  
Katholiken

Seite 1 / 39 Zeilen

-----  
Innerdeutsche Sportbeziehungen verwirklichen!

Eine Aufforderung von Bundeskanzler  
Willy Brandt

Seite 2 / 39 Zeilen

Senkrechtsartenentwicklung muß dem zivilen  
Bereich dienen

-----  
Keine militärischen Forderungen - Eile in  
der Entscheidung ist geboten

Von Klaus Richter SPD-MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des  
Deutschen Bundestages

Seite 3 und 4 / 76 Zeilen

-----  
Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Richtlinien für die Durchführung der Wahlen  
zu den Vorständen in der Deutschen Kommu-  
nistischen Partei" (3)

-----  
Seite 5 und 6 / 82 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9166  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 87 - 38  
Telex: 888 648/888 847/  
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Abbau konfessioneller Schranken

---

### Erfreuliches Ergebnis der Rheinland-Pfalz-Wahlen

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen SPD-MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und  
stellv. Vorsitzender des Beirats für politische Fragen  
beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken

Neben dem erfreulichen Stimmengewinn, den die SPD in der rheinland-pfälzischen Landtagswahl erzielen konnte, verdient ein weiteres Ergebnis dieser Wahl besondere Beachtung. Aus den ersten Wahlanalysen geht eindeutig hervor, daß die SPD gerade auch bei der katholischen Wählerschaft zunehmend Sympathien gewonnen hat. Dies ist ein erneuter Beweis für die Beständigkeit der nun schon seit langem zu beobachtenden Entwicklung eines allmählichen Abbaus konfessioneller Schranken bei der politischen Entscheidung der Bürger.

Den entscheidenden Anstoß zu dieser Entwicklung hat bekanntlich das Godesberger Programm der SPD gegeben, das die Toleranz in Glaubensfragen, die Achtung vor den religiösen Bindungen der Menschen und die Bereitschaft zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften als Grundsätze sozialdemokratischer Politik ausdrücklich hervorhebt. Ihre eigentliche Überzeugungskraft aber haben diese programmatischen Aussagen dadurch gewonnen, daß die Praxis sozialdemokratischer Politik Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit zerstreute. Das seit Jahr und Tag bestehende gute Verhältnis zwischen den Kirchen und der Sozialdemokratie kommt nicht allein in der gegenseitigen Respektierung oder in der vielfältigen Mitwirkung von Sozialdemokraten in kirchlichen Gremien, sondern nicht zuletzt auch in dem intensiven und für beide Seiten fruchtbaren Meinungsaustausch zu gesetzgeberischen Vorhaben zum Ausdruck. Aktuelle Beispiele hierfür sind die Beratungen über die Reform des Scheidungsrechts und des Sexualstrafrechts.

Eine wichtige Auswirkung der Überwindung konfessioneller Schranken im politischen Bereich ist in dem Abbau sogenannter Hochburgen zu sehen. Je weniger nämlich die Parteien sich auf "sichere" Wahlkreise verlassen können, desto mehr sind sie gezwungen, die Information und den politischen Kampf zu intensivieren, und dies wiederum fördert die aktive Beteiligung der Bürger an der politischen Entscheidung, eine Entwicklung also, die der Lebendigkeit unserer Demokratie zugute kommt.

(-/ex/24.3.1971/bqy)

+ + +

## Innerdeutsche Sportbeziehungen verwirklichen!

---

Eine Aufforderung von Bundeskanzler Willy Brandt

Bundeskanzler Willy Brandt hat die DDR-Führung in Ostberlin aufgefordert, den Seltenheitscharakter von DDR-Sportlern in der Bundesrepublik dadurch zu beseitigen, daß sie dem von Bundeskanzler Brandt bei den Gesprächen in Erfurt und Kassel mit DDR-Ministerpräsident Willi Stoph und bei den Beratungen der beiden deutschen Sportbünde in Halle und München vereinbarten innerdeutschen Sportverkehr praktische Maßnahmen folgen lassen. Auf die Frage, wie nach seiner Meinung die Bevölkerung der Bundesrepublik auf den innerdeutschen Kräftevergleich im Rahmen der Olympischen Spiele 1972 reagieren werde, sagte Brandt in einem Interview mit dem Sportinformationsdienst Düsseldorf (Sid): "Ich hoffe, daß mit den Sportlern aus der DDR auch möglichst viele Zuschauer zu den Olympischen Spielen nach München und Kiel kommen. In diesem Zusammenhang ist das Interesse der DDR-Sportführung an den olympischen Vorbereitungsarbeiten zugleich bemerkenswert und erfreulich. Was nun die Verhaltensweise der Bevölkerung bei den Wettkämpfen und der Teilnahme der DDR-Sportler angeht, so bin ich sicher, daß dem Sportler aus Leipzig oder Schwerin seine sportliche Leistung ebenso anerkannt wird, wie dies bei den Sportlerinnen und Athleten aus aller Welt geschieht".

Auf die gesellschaftspolitische Rangordnung angesprochen, die die Bundesregierung der Sportförderung einräumt, erklärte Bundeskanzler Brandt, der Vorsitzende des Olympischen Beirates für die Olympischen Spiele 1972 ist, es sei festzustellen, daß die Bundesregierung seit Oktober 1969 für den Sport bereits mehr konkrete und gesellschaftspolitische Förderungsmaßnahmen durchgeführt oder eingeleitet hat, als dies zuvor in irgendeiner Legislaturperiode der Fall gewesen sei. Besonders mit der Vorlage des ersten Schulsportprogramms der Bundesregierung sei deutlich gemacht worden, daß die Bundesregierung die Sportförderung nicht nur in der Unterstützung spektakulärer Großereignisse sehe. Bundeskanzler Brandt: "Niemand kann die Bemühungen der Bundesregierung übersehen, mitzuhelfen, daß der Sport nicht ein Anhängsel bleibt, sondern ein integrierter Bestandteil unserer Gesellschaft wird und einen bedeutenden Platz in einem erneuerten Bildungssystem erhält".

In den Haushaltsplänen der verschiedenen Bundesressorts stellt die Bundesregierung in diesem Jahr fast 250 Millionen Mark für die Sportförderung in der Bundesrepublik bereit.

Ernst Dieter Schwickler

Leipzig, 24.3.1971 bgy.

+ + +

Senkrechtstartentwicklung muß dem zivilen Bereich dienen

Keine militärischen Forderungen - Eile  
in der Entscheidung ist geboten

Von Klaus Richter SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Senkrechtstart und -landung sowie VTOL-Luftverkehr werden seit Monaten in der Presse lebhaft behandelt. Verschiedene Projektstudien der deutschen Industrie wurden kürzlich durch einen Ideen-Wettbewerb ausgeweitet. Zivile und militärische "Rahmengerfordernisse" waren primär nur für den Zweck aufgestellt worden den Gutachtern vergleichbare Projekte zu liefern, an Hand deren die konkurrierenden Technologien bewertbar und beurteilbar werden sollten. Dabei standen sich zwei grundsätzlich verschiedene Gruppen einander gegenüber: a) Lösungen mit Triebwerken und Luftschrauben an kippbaren Flügeln (B 140 und VC 500) und b) Lösungen mit verschiedenen Formen des Strahltriebs (Do 231, HFB 600 und VC 180).

Das von Prof. Thalan vorgelegte Gutachten ergibt, daß ein für militärische und zivile Verwendung im Linienverkehr ausgelegtes Transportflugzeug für keinen der beiden Verwendungszwecke ein befriedigendes Gerät ergeben würde, weil die militärische Verwendung höhere Ansprüche an die Einsatzflexibilität stellt sowie ein höheres Festigkeitsniveau der Zelle und einen wesentlich anderen Lebensraum verlangt als die zivile. Auf der anderen Seite lehnt die Deutsche Lufthansa rotorgetragene Flugzeuge grundsätzlich als nicht "fail safe" ab.

Zurzeit ergibt sich folgendes Bild: Das strahlgestützte Konzept befindet sich noch in einer Studienphase. Das Experimentalflugzeug Do 31 ist aufgrund des Standes der Triebwerkstechnik noch mit grundsätzlichen Problemen behaftet. Bodenerosion durch hohe Strahlgeschwindigkeit und hohe Strahltemperatur, übermäßiger Lärm sowie hoher Kraftstoffverbrauch im Schweben sind noch nicht eindeutig gelöst. Für die Entwicklung eines neuen Triebwerkes wäre in Europa wohl nur Rolls Royce befähigt; die Entwicklungskosten dürften mehr als eine Milliarde DM betragen; die Entwicklungszeit müsste auf zehn bis 12 Jahre geschätzt werden. Vorteile könnte unter Umständen der amerikanische Markt anbieten. Das Kippflügelkonzept stützt sich auf bereits existierende Komponenten und durchgeführte Entwicklungsprogramme. Dabei sind für die Entwicklung eines operationellen Systems kaum zusätzliche Probleme offen-

geblieben, doch fehlt es an der Definition des Bedarfs.

Der Bundesminister der Verteidigung hat die Senkrechtstarttechnik über Jahre gefördert. Für diese Technologien wurden 1,2 Milliarden DM aufgewendet, ohne daß in der Vergangenheit auf diesem Gebiet ein Bedarf vorlag. Der Bundesrechnungshof hat das Fehlen dieses Bedarfs für übersehbare Planungsjahre sicher mit Recht festgestellt.

Bei diesem Tatbestand besteht die große Gefahr der Stagnation. Die bisher gewonnenen Ergebnisse gehen verloren und die Entwicklungs-Teams würden auseinanderlaufen, wenn nicht ein neuer Träger für die Fortführung der Arbeiten gefunden wird. Staatssekretär Dr. Ernst Wolf Mommsen im Bundesverteidigungsministerium stellt deswegen mit Recht die Forderung auf, daß die Senkrechtstarttechnik in die allgemeine Verkehrstechnik eingebaut werden muß, und er weist auf die Tatsache hin, daß für die Einführung ein breites Infrastrukturprogramm erforderlich ist. Eine Realisierung dieser Vorstellungen wird aber nur im Rahmen einer Gesamtverkehrsplanung möglich sein. Hierzu würden die Überlegungen des Bundesverkehrsministeriums bezüglich des Schnellverkehrs für den Lastwagentransport über die Spezialschiene wie aber auch die hiermit zusammenhängenden Überlegungen bezüglich des Nah- und Fernluftverkehrs der 80er Jahre gehören. Nur aufgrund eines derartigen Gesamtkonzepts wird es möglich sein, den Einsatz so erheblicher Mittel, wie sie für die Einführung der Senkrechtstarttechnik notwendig sind, sinnvoll zu begründen.

Auf der anderen Seite ist zweifellos Eile geboten, weil sonst die vorhandenen Erkenntnisse verloren gehen und die Führung auf diesem Gebiet ganz in das Ausland - in diesem Falle auch wieder in die USA - abwandert. Ohne Zweifel wird das Bundesverteidigungsministerium alle Erkenntnisse zur Verfügung stellen und trotz mangelnden militärischen Bedarfs auch praktisch an einem solchen Programm mitwirken. Der Bundesverteidigungsminister kann den echten Bedürfnissen der Teilstreitkräfte keine so bedeutenden Mittel mehr entziehen um sie für ein Zukunftsprogramm einzusetzen, das vorwiegend dem zivilen Bereich zu dienen hat. Die sich anbahnenden Gesprächsrunden zwischen den Bundesministerien für Verkehr, Wirtschaft, Finanzen und Verteidigung müssen auf parlamentarischer Ebene unterstützt werden.

(- See 24.3.1971/ks)

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Richtlinien für die Durchführung der Wahlen zu den Vorständen  
in der Deutschen Kommunistischen Partei" (3)

-----

1.11/ Die Konferenz- bzw. Versammlungsleitungen, die Mandatsprüfungskommissionen und Wahlkommissionen sollen aus mindestens drei Mitgliedern bestehen. Sie werden von den Konferenzen und Versammlungen in offener Abstimmung gewählt.

1.12/ Über Anträge, Entschlüsse und Resolutionen wird auf allen Konferenzen und Versammlungen offen abgestimmt.

1.13/ Für die Durchführung der Delegiertenkonferenzen und Versammlungen der Kreis- bzw. Gebietsorganisationen, der Länder bzw. Bezirke sind eine Geschäftsordnung und Wahlordnung zu beschließen.

2/ Die Wahlen in den Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulguppen, den Ortsgruppen und Stadtteilen.

2.1/ Die Wahlen zu den Gruppenvorständen werden in geheimer Abstimmung durchgeführt. Wenn für die einzelnen Funktionen nur ein Genosse kandidiert und es keinen Widerspruch in der Mitgliedschaft gibt, können alle Mitglieder des Gruppenvorstandes in einem Wahlgang gewählt werden. Die Wahlen müssen getrennt durchgeführt werden, wenn für eine zu wählende Funktion mehrere Genossen und Genossen kandidieren.

2.2/ In geheimer Wahl werden gewählt: Der Gruppenvorsitzende, sein Stellvertreter, weitere Mitglieder des Vorstands, deren Zahl der Stärke der Organisation entsprechen sollte, die Delegierten für Kreis- bzw. Gebietskonferenzen. (Wo Kreismitglieder- bzw. Gebietsmitgliederversammlungen stattfinden, entfällt die Wahl der Delegierten.)

2.3/ Für die Wahlen der Vorstände der Stadtteilorganisationen und für die Ortsgruppen wird in gleicher Weise verfahren wie bei den Betriebs- und Wohngebietsgruppen.

2.4/ In Stadtteilorganisationen und Ortsgruppen, die nicht in Betriebs- und Wohngebietsgruppen unterteilt sind, werden die Delegierten für die Kreis- bzw. Gebietsdelegiertenkonferenzen gewählt.

3/ Die Wahlen auf den Kreis- bzw. Gebietsdelegiertenkonferenzen oder Kreis- bzw. Gebietsmitgliederversammlungen.

3.1/ Die Kreis- bzw. Gebietsdelegiertenkonferenzen oder Kreis- bzw. Gebietsmitgliederversammlungen sind unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von einem Monat durch den Kreisvorstand einzuberufen.

3.2/ Die Kreis- bzw. Gebietsvorstände beschließen bis zum

1. März 1971 den Delegiertenschlüssel für die Kreis- bzw. Gebietsdelegiertenkonferenzen.

3.3/ Auf den Konferenzen und Versammlungen werden in geheimer, getrennter Wahl gewählt: Der Kreis- bzw. Gebietsvorsitzende, der stellvertretende Kreis- bzw. Gebietsvorsitzende, die weiteren Mitglieder des Kreis- bzw. Gebietsvorstands, die Revisionskommission, die Schiedskommission, die Delegierten für die Landes- bzw. Bezirksdelegiertenkonferenzen, die Delegierten für den Parteitag.

4/ Die Wahlen auf den Landes- bzw. Bezirkskonferenzen.

4.1/ Die Landes- bzw. Bezirksdelegiertenkonferenzen sind unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von sechs Wochen durch den Landes- bzw. Bezirksvorstand einzuberufen.

4.2/ Die Landes- bzw. Bezirksvorstände beschließen bis zum 1. April 1971 den Delegiertenschlüssel.

4.3/ Auf den Konferenzen werden in geheimer, getrennter Wahl gewählt: Der Landes- bzw. Bezirksvorsitzende, der stellvertretende Landes- bzw. Bezirksvorsitzende, die weiteren Mitglieder des Landes- bzw. Bezirksvorstands, die Schiedskommission.

(Die "Anlage 1" bringt zunächst unter 1 bis 3 organisations-technische Probleme.)

4. Empfehlungen für den Rechenschaftsbericht des Gruppenvorstandes.

Im Rechenschaftsbericht könnten folgende Fragen behandelt werden: Wie hat es die Gruppe verstanden, anhand von betrieblichen oder örtlichen Problemen den Menschen die Politik der Partei darzulegen. Wieviel Genossen helfen aktiv mit, die Politik der Partei zu verwirklichen? Gelingt es der Gruppe, ihren Einfluß auszubauen, zu vergrößern?

Was hat die Gruppe im Kampf für die Ratifizierung des Moskauer und des Warschauer Vertrages getan bzw. eingeleitet? An welchen Aktivitäten hat sich die Gruppe beteiligt? Welchen Kontakt hat man zu Sozialdemokraten, wie hat man mit dem Wort an die sozialdemokratischen Kollegen gearbeitet?

Die Betriebsgruppenvorstände sollten Antwort darauf geben, wie man bemüht war, anhand betrieblicher Probleme gemeinsam mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten und sich als Kommunist bekannt zu machen. Betriebszeitungen sollten eingeschätzt werden. Wo noch keine erscheinen, sollte man kritisch nach den Ursachen suchen.

Wie wird die marxistische Bildungsarbeit der Gruppe durchgeführt?

(4. Fortsetzung folgt am 25. März 1971.)